

Migration zulassen – Flüchtlinge schützen

2009



VENRO-Positionspapier 6/2009

Migration zulassen – Flüchtlinge schützen

VENRO-Positionspapier 6/2009

Vorwort

Die Zusammenhänge von Migration und Entwicklung werden in den politischen Debatten immer stärker thematisiert und als selbstverständlich vorausgesetzt. Die humanitären Dramen an den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla, in Nord- und Westafrika, vor den Kanarischen Inseln und auf dem Mittelmeer haben dazu beigetragen, ein Bedrohungsszenario in der europäischen Öffentlichkeit aufzubauen. In der öffentlichen und politischen Debatte wird oft von Ursachenbekämpfung gesprochen, um Migrationsflüsse einzudämmen. Der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO e.V.) möchte mit dem vorliegenden Positionspapier seine Sicht der Zusammenhänge zwischen Migration und Entwicklung verdeutlichen. Dabei liegen die Schwerpunkte auf den folgenden ausgewählten Aspekten:

- Migration als gesellschaftliche Normalität
- Menschenmenschmuggel als Folge von Abschottung
- Der Zusammenhang von Migration und Entwicklung
- Das Recht auf Emigration ist ein Menschenrecht
- Flüchtlinge genießen den Schutz der Genfer Konvention

Migration als gesellschaftliche Normalität

Von Mitte des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts sind mehrere Millionen Europäer in alle Welt ausgewandert, um Dürren, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger, politischer Repression und Verfolgung zu entgehen. Viele Europäer hätten die Kriege des 20. Jahrhunderts nicht überlebt, wären sie nicht emigriert. Was uns Europäern recht war, sollten wir heute auch Menschen aus Afrika und den anderen Kontinenten zubilligen.

Migration ist kein Problem, sondern Teil menschlicher Zivilisation und Schaffenskraft. Die Problemlagen, die mit dem Begriff Migration beschrieben werden, sind komplex, weil unter diesem Oberbegriff alle Wanderungsbewegungen subsumiert werden – unabhängig von ihren jeweiligen Formen und Motivationen. Migration ist zunächst einmal ganz grundsätzlich die Folge der Entscheidung eines Menschen,

sein Herkunftsland zu verlassen, um andernorts – in sozial bedeutsamer Entfernung – entweder im selben Land oder aber jenseits der Staatsgrenzen sein Leben fortzusetzen.

Nur etwa drei Prozent der Weltbevölkerung sind Migranten.¹ Dieser Prozentsatz ist seit Jahrzehnten stabil. Wissenschaft und Praxis widerlegen die in den Medien präsentierten Schreckensbilder von „sintflutartigen Zuwanderungsströmen“. So kam es zum Beispiel trotz großer Wohlstandsunterschiede nicht zur osteuropäischen Masseneinwanderung im Zuge der EU-Osterweiterung. Die Schriftstellerin und ehemalige Kulturministerin Aminata Traoré aus Mali wendet sich gegen die aktuelle Paranoia vor Migranten aus Afrika: „Die afrikanischen Einwanderer sind keine Feinde Europas, im Gegenteil: Sie glauben an Europa.“²

Eine im Oktober 2007 erschienene Studie des „International Migration Institute“ der Universität Oxford belegt, dass der Maghreb nicht nur eine reine Transitregion für subsaharische Migranten ist, sondern auch Zielregion. Es wird von 65.000 bis 120.000 subsaharischen Migranten pro Jahr gesprochen, die in den Maghreb wandern, vor allem Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen. Forschungszahlen über die Quote der nach Europa weiterreisenden Migranten schwanken zwischen 20 und 38 Prozent, das heißt, wir sprechen von maximal 45.600 Migranten aus dem subsaharischen Afrika, die jährlich nach Europa gelangen wollen.³

Ohne die massive Abschottung Europas gegen Zuwanderung wären diese Zahlen wahrscheinlich deutlich höher, aber immer noch absorbierbar.⁴

1. Internationale Organisation für Migration, www.iom.int/jahia/Jahia/about-migration/lang/en.
2. Glasenapp, Martin: Westafrika: Die Freiheit, die wir meinen, in: medico-Rundschreiben 01/2008.
3. De Haas, Hein: „The myth of invasion“, University of Oxford, Research Report 2007.
4. Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX hatte allein 2008 ein Budget von fast 40 Millionen Euro zur Verfügung, um vor allem Migranten davon abzuhalten, irregulär nach Europa einzureisen. www.frontex.europa.eu/gfx/frontex/files/amended_budget_2008.pdf.



Menschenschmuggel als Folge von Abschottung

Humanitäres Leid und Menschenschmuggel sind nicht Symptome von Migration, sondern Folgen der Abschottung. Ließe Europa mehr Zuwanderung zu, müssten weniger Menschen ihr Leben auf gefährlichen Überfahrten riskieren und sich geldgierigen Schlepperbanden anvertrauen.

Der Zusammenhang von Migration und Entwicklung

Die Annahme, Migration über mehr und verbesserte Entwicklung steuern beziehungsweise in ihrem Volumen begrenzen zu können, ist wissenschaftlich nicht haltbar. **Mehr Entwicklung führt zunächst nicht zu weniger, sondern zu mehr Migration.** Eine jüngst publizierte OECD-Studie verneint, dass Entwicklungshilfe Migration bremsen könne.⁵ Zunehmende beziehungsweise fortgeschrittene Entwicklung in einem Land erhöht sogar den Migrationswunsch in der Bevölkerung. Die höchste Anzahl von Migranten kommt aus Schwellenländern, zum Beispiel von den Philippinen, aus Mexiko oder den Kapverden.

Umgekehrt kann mehr Migration zu mehr Entwicklung in den Herkunftsländern führen. Die Rücküberweisungen der Migranten in ihre Herkunftsländer haben für dortige Armutsbekämpfung und Entwicklung eine enorme Bedeutung. Die Weltbank geht davon aus, dass die Rücküberweisungen in Entwicklungsländer die offizielle Entwicklungshilfe (ODA) um ein Dreifaches übersteigen. 2008 haben schätzungsweise 190 Millionen Migranten weltweit insgesamt 375 Milliarden US-Dollar in ihre Herkunftsländer überwiesen. Davon gingen 283 Milliarden Dollar in Entwicklungsländer.⁶ In Schwellenländern wie den Kapverden oder den Philippinen tragen die Überweisungen der Ausgewanderten bis zu 34 Prozent beziehungsweise 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei.

In Westafrika können wir derzeit beobachten, dass auch der Umkehrschluss gelten kann: Weniger Migration führt zu mehr Armut in den Herkunftsländern. Dort zeigt sich gegenwärtig, wie Migrationsbekämpfung gepaart mit Auswirkungen der globalen Finanzkrise – steigende Arbeitslosigkeit in Europa – zu einem massiven Einbruch bei den Rücküberweisungen der

Migranten geführt hat. Das senegalesische Wirtschafts- und Finanzministerium beklagte in einem Lagebericht vom Dezember 2008 das dramatisch gestiegene Zahlungsbilanzdefizit aufgrund von ausbleibenden Überweisungen durch Migranten. Dieser Bericht merkt auch an, dass ein Drittel aller Haushalte, die Rücküberweisungen von emigrierten Familienmitgliedern erhalten, ohne diese Überweisungen unterhalb der Armutsgrenze leben würde.⁷

Das Recht auf Emigration ist ein Menschenrecht

Die Allgemeine Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen von 1948 formuliert in Artikel 13 das Recht auf Freizügigkeit sowie freie Wahl des Wohnsitzes innerhalb eines Staatsgebietes und fügt hinzu: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.“

Dies beinhaltet zwar kein Recht auf Einwanderung, macht aber deutlich, dass zum Beispiel afrikanische Regierungen menschenrechtswidrig handeln, wenn sie auf Wunsch der Europäischen Union „illegale Migranten“ verfolgen. Hierbei wird die Ausreise bereits beschränkt, also „illegalisiert“. So erhält beispielsweise Marokko im Zeitraum von 2007 bis 2013 fast 600 Millionen Euro von der EU, von denen 70 Millionen allein für die Grenzsicherung verwendet werden sollen.⁸ Entwicklungshilfeleistungen der EU an das subsaharische Afrika werden in Abhängigkeit von Leistungen zur Bekämpfung „illegaler Migration“ verhandelt.

Flüchtlinge genießen den Schutz der Genfer Konvention

Flüchtlinge gehören auch zur Oberkategorie der Migranten. Kennzeichnend für den Begriff des Flüchtlings ist aber die Unfreiwilligkeit der Wanderungsbewegung. Für Flucht liegen akute und zwingende Gründe vor, wie etwa Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung oder bewaffnete Konflikte. Hinzu kommen frauenspezifische Fluchtgründe, wie zum Beispiel drohende Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder lebensbedrohliche Gewalt gegen Frauen. Ein präziser Sprachgebrauch in der Migrationsdebatte ist gerade hinsichtlich der Flüchtlinge wichtig, da diese besonders schutzbedürftig sind und daher nicht in allgemeine „Zuwanderungsquoten“ eingerechnet werden dürfen.

Der Begriff des Flüchtlings wurde erstmals in der Genfer Konvention von 1951 definiert. Nach dieser Konvention ist jemand als Flüchtling anzusehen, wenn er sich aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit er besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.

Auch wenn unbestritten ist, dass es für die Migrationsentscheidung von Menschen vielfältige Gründe gibt wie Armut, Klima und Umwelteinflüsse und daher die Freiwilligkeit der Wanderung relativ ist – einige gehen, viele bleiben –, so dürfen die akuten und zwingenden Gründe im Sinne der Genfer Konvention nicht leichtfertig ausgeweitet werden. Denn sonst tritt damit die seit geraumer Zeit in Europa zu beobachtende Vermischung von Zuwanderung und Asyl in Politik und öffentlicher Meinung ein. Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention sind besonders schutzbedürftig und haben Anspruch auf Asyl, unabhängig von Einwanderungspolitik und erteilten Zuwanderungsquoten.

5. Dayton-Johnson, Jeff u.a.: „Policy Coherence for Development 2007: Migration and Developing Countries“, OECD 2007.
6. www.worldbank.org.
7. www.dpee.sn.
8. Vgl. Dr. Heck, Gerda: Managing Migration vor den Grenzen Europas: Das Beispiel Marokko, COMCAD-Arbeitspapiere, Center for Interdisciplinary Research, Bielefeld 2008.

VENRO fordert daher:

- mehr Migration in die EU und ihre Mitgliedsstaaten zuzulassen, um der globalen Verantwortung Europas gerecht zu werden;
- die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten auf, die Politik der Vorverschiebung der Außengrenzen der EU durch eine Kriminalisierung von Auswanderung oder Emigration umgehend einzustellen;
- Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention besonders zu schützen und Migrationspolitik unabhängig von Asylpolitik zu definieren.



„Alle jungen Leute hier wollen nach Europa“

Migrationserfahrungen aus dem Senegal

Was wusstest du über Europa und die Reise über den Atlantik, bevor du losgefahren bist? Vor der Abfahrt?

Nun ja. Hier leben viele Leute, die in Europa arbeiten. Die haben die schönsten Häuser. Da denken alle anderen natürlich, dass es dort drüben besser ist. Wir wollen etwas aus unserem Leben machen, es zu etwas bringen.

Kannst du erzählen, wie die erste Reise verlaufen ist?

Das war ziemlich gefährlich. Es war im August, der 12. August, als wir von der Casamance aufgebrochen sind. Zunächst war das Meer ruhig und schön. In den ersten acht Tagen war das Meer so ruhig wie der Fluss hier. Doch am neunten Tag schlug das Wetter plötzlich um. Ich kann gar nicht beschreiben, was wir dann durchgemacht haben. Die See war unheimlich aufgewühlt, wir haben in zwei Tagen nicht mal fünf Kilometer zurückgelegt, so langsam ging es voran, bei Wellen, die bald 100 Meter hoch waren. Wir sind bis 180 Kilometer vor die spanische Küste gekommen und haben sogar die Lichter der Flugzeuge gesehen, die vom spanischen Festland starteten. Doch bei dem Versuch, die großen Wellen zu überwinden, wurde die Piroge beschädigt. Es war so stürmisch, dass wir nicht weiterkonnten. Die Leute haben geweint und wir dachten, wir müssten alle sterben. Schließlich waren wir uns alle einig umzukehren. Diese erste Fahrt hat zwölf Tage gedauert, neun Tage für den Hinweg und drei Tage zurück bis Nouadhibou. Zwölf Männer sind auf See gestorben. Vor der marokkanischen Küste haben wir viele Fischerboote gesehen, die wir um Hilfe baten. Aber keiner hat uns geholfen. Wenn die Pirogen sehen, hauen sie alle ab. In Nouadhibou haben sich die Polizisten dann aber gut um uns gekümmert. Für zwei Tage wurden

wir in einer Schule untergebracht, danach brachten sie uns zur senegalesischen Grenze. Von dort aus ist dann jeder seiner Wege gegangen.

Was erwartest du von deiner Zukunft?

Im Moment möchte ich mein Leben hier (im Senegal) bestreiten, ich weiß nur noch nicht wie. Aber ich werde es schaffen, so Gott will.

Wenn du die Möglichkeit gehabt hättest, hier dein Leben zu bestreiten, wärst du dann auch gegangen?

Nein! Ich wäre bei meiner Familie geblieben, das ist viel besser für mich. Wenn es geht, möchte ich auf jeden Fall hier bleiben.

Was, glaubst du, sind die Ursachen für die heimliche Migration? Ist es die Hoffnungslosigkeit der Menschen?

Es gibt sogar Leute, die verkaufen selbst ihr Taxi oder ihr Geschäft, um sich die Reise nach Europa finanzieren zu können. Es sind nicht nur die Arbeitslosen, die gehen. Viele haben einen Job hier. Aber sie sind sich sicher, dass es drüben besser ist. Sie steigen alle in die Pirogen. Ein Visum zu bekommen ist schwer. Die Leute denken, eine Überfahrt für 150.000 bis 700.000 CFA (umgerechnet 230 bis 1.070 Euro) sei eine günstige Möglichkeit für den Weg in ein besseres Leben. Alle jungen Leute sprechen von Europa. Ich habe auch Freunde, die drüben sind.

Interview:

Eva Helm, Copyright Goethe-Institut Senegal 2008

VENRO-Mitglieder (Stand: Juli 2009)

- action medeor
- ADRA Deutschland
- Ärzte der Welt
- Ärzte für die Dritte Welt
- Ärzte ohne Grenzen*
- africa action/Deutschland*
- Akademie Klausenhof
- Aktion Canchanabury
- Andheri-Hilfe Bonn
- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
- Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
- Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
- Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
- Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
- ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
- AT-Verband*
- AWO International
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)*
- BONO-Direkthilfe
- Brot für die Welt
- Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
- Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
- Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung
- CARE Deutschland-Luxemburg
- Caritas International
- Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
- CCF Kinderhilfswerk
- Christliche Initiative Romero
- Christoffel-Blindenmission Deutschland
- Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
- Das Hunger Projekt
- Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
- Deutsche Kommission Justitia et Pax
- Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
- Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
- Deutsches Blindenhilfswerk
- Deutsches Komitee für UNICEF*
- Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge*
- Deutsches Rotes Kreuz*
- DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
- Difäm
- Dritte Welt JournalistInnen Netz
- Eine Welt Netz NRW
- Eine Welt Netzwerk Hamburg
- EIRENE – Internationaler Christlicher Friedensdienst
- Evangelische Akademien in Deutschland (EAD)
- Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
- FIAN-Deutschland
- Gemeinschaft Sant' Egidio
- Germanwatch
- Handicap International
- HelpAge Deutschland
- Hildesheimer Blindenmission*
- Hilfswerk der Deutschen Lions
- humedica
- Indienhilfe
- INKOTA-netzwerk
- Internationaler Hilfsfonds
- Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
- Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
- Islamic Relief Deutschland
- Johanniter-Auslandshilfe
- Jugend Dritte Welt (JDW)
- Kairos Europa
- Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
- KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
- Kindernothilfe
- Lateinamerika-Zentrum
- Lichtbrücke
- Malteser International
- Marie-Schlei-Verein
- materra – Stiftung Frau und Gesundheit
- medica mondiale
- medico international
- MISEREOR
- Missionszentrale der Franziskaner*
- Nationaler Geistiger Rat der Bahá'í in Deutschland
- NETZ Bangladesch
- Ökumenische Initiative Eine Welt
- OIKOS EINE WELT
- Opportunity International Deutschland
- ORT Deutschland
- Oxfam Deutschland
- Peter-Hesse-Stiftung
- Plan International Deutschland
- Rhein-Donau-Stiftung*
- Rotary Deutschland Gemeindienst*
- Salem International
- Samhathi – Hilfe für Indien*
- Save the Children Deutschland*
- Senegalhilfe-Verein
- Senior Experten Service (SES)
- Society for International Development (SID)
- SODI – Solidaritätsdienst-international
- Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes
- Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
- Stiftung Nord-Süd-Brücken
- SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
- Susila Dharma – Soziale Dienste
- Swisscontact Germany
- Terra Tech Förderprojekte
- terre des hommes Deutschland
- Tierärzte ohne Grenzen*
- TransFair
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
- Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- Weltfriedensdienst
- Welthaus Bielefeld
- Welthungerhilfe
- Weltladen-Dachverband
- Weltnotwerk der KAB Deutschlands
- Werkhof
- Werkstatt Ökonomie
- World University Service Deutsches Komitee
- World Vision Deutschland
- W. P. Schmitz-Stiftung
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

* Gastmitglied

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
 Dr. Werner-Schuster-Haus
 Kaiserstraße 201
 53113 Bonn
 Tel.: 02 28 / 9 46 77-0
 Fax: 02 28 / 9 46 77-99
 E-Mail: sekretariat@venro.org
 Internet: www.venro.org

Redaktion: Anke Kurat (verantwortlich)

Mitarbeit: Christoph Riese

Endredaktion: Kirsten Prestin

Das vorliegende Positionspapier ist eine Initiative der VENRO-AG Migration und Entwicklung.

An diesem Positionspapier haben mitgearbeitet:

Sabine Eckart (medico international)
 Dr. Rudolf Ficker (Evangelischer Entwicklungsdienst)
 Dr. Hildegard Hagemann (Deutsche Kommission Justitia et Pax)
 Katja Hansen (Evangelischer Entwicklungsdienst)
 Jürgen Lieser (VENRO-Vorstand)
 Hannes Stegemann (Caritas International)
 Sebastian Sunderhaus (MISEREOR)
 Sophia Wirsching (Brot für die Welt)

Fotos: Hans-Günter Kellner/epd-bild (Titelfoto), Yannis Kontos/laif (Seite 5), Fernando Garcia Arevalo/laif (Seite 6)
Satz & Layout: i-gelb GmbH, Köln, www.i-gelb.de
Druck: Druckerei Gebr. Molberg GmbH, Bonn
Auflage: 1.000 Stück

Bonn, Juli 2009

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Zu den VENRO-Mitgliedern gehören 16 Eine-Welt-Landesnetzwerke. Sie repräsentieren etwa 2.000 lokale entwicklungspolitische Initiativen und NRO.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.

www.venro.org